

Aufwärts

Bezugspreis:

Erscheint wöchentlich sechsmal. — Preis monatlich 1.95 und 0.95 Bestellgebühr, beim eigenen Postamt bestellt. — Fürs Ausland unter Erstreifen 1.95 (inkl. Postgeld). Preis der Einzelnummer 10 Pf. Postfach 10 Hannover 9777.

Christliches Tageblatt

mit den Beilagen „Für Herz und Haus“, „Kindergabe“ und „Unser Ziel.“

Anzeigenpreis:

Die einseitige Millimeterzeile oder deren Raum 10 Pfennig. Bei 10 Zeilen 90 Pf. Bei 20 Zeilen 1.70. Bei 30 Zeilen 2.50. Bei 40 Zeilen 3.30. Bei 50 Zeilen 4.10. Bei 60 Zeilen 4.90. Bei 70 Zeilen 5.70. Bei 80 Zeilen 6.50. Bei 90 Zeilen 7.30. Bei 100 Zeilen 8.10. Bei 120 Zeilen 9.70. Bei 140 Zeilen 11.30. Bei 160 Zeilen 12.90. Bei 180 Zeilen 14.50. Bei 200 Zeilen 16.10. Bei 220 Zeilen 17.70. Bei 240 Zeilen 19.30. Bei 260 Zeilen 20.90. Bei 280 Zeilen 22.50. Bei 300 Zeilen 24.10. Bei 320 Zeilen 25.70. Bei 340 Zeilen 27.30. Bei 360 Zeilen 28.90. Bei 380 Zeilen 30.50. Bei 400 Zeilen 32.10. Bei 420 Zeilen 33.70. Bei 440 Zeilen 35.30. Bei 460 Zeilen 36.90. Bei 480 Zeilen 38.50. Bei 500 Zeilen 40.10. Bei 520 Zeilen 41.70. Bei 540 Zeilen 43.30. Bei 560 Zeilen 44.90. Bei 580 Zeilen 46.50. Bei 600 Zeilen 48.10. Bei 620 Zeilen 49.70. Bei 640 Zeilen 51.30. Bei 660 Zeilen 52.90. Bei 680 Zeilen 54.50. Bei 700 Zeilen 56.10. Bei 720 Zeilen 57.70. Bei 740 Zeilen 59.30. Bei 760 Zeilen 60.90. Bei 780 Zeilen 62.50. Bei 800 Zeilen 64.10. Bei 820 Zeilen 65.70. Bei 840 Zeilen 67.30. Bei 860 Zeilen 68.90. Bei 880 Zeilen 70.50. Bei 900 Zeilen 72.10. Bei 920 Zeilen 73.70. Bei 940 Zeilen 75.30. Bei 960 Zeilen 76.90. Bei 980 Zeilen 78.50. Bei 1000 Zeilen 80.10.

Nr. 191.

Bielefeld-Bethel (Verlagsort Bielefeld), Dienstag, den 18. August 1931.

13. Jahrgang.

Das Größte, das ein Mensch bedarf zur Seligkeit,
Wo er im Guten steht, ist die Beharrlichkeit.

Angelus Silesius.

Das entscheidende Argument in der Kriegsschuldfrage.

Bei der Erörterung der Kriegsschuldfrage wird nicht immer dem Umstand Rechnung getragen, daß diese Frage zwei Seiten, die man als die theoretische oder wissenschaftliche, und die praktische oder populäre bezeichnen könnte. Unter der theoretischen Seite der Frage versteht man die durch den Fortschritt der rein wissenschaftlichen Kriegsschuldfrage bedingten Stand der Frage im Lager der wissenschaftlichen Forscher und wirklichen Kenner der Frage; unter der praktischen oder populären Seite dagegen die Lage der durchaus nicht von unvoreingenommenen Kennern des Problems, sondern von ganz anderen Faktoren geformten Weltmeinung in dieser Frage. Es ist wohl nicht zu bestreiten, daß, wie kürzlich ein im „Aufwärts“ (Nr. 146) erschienener Artikel ausführte, von der theoretischen Seite betrachtet, der augenblickliche Stand der Kriegsschuldfrage dank der unermüdbaren Arbeit deutscher und auch einer Reihe ehrlicher ausländischer Forscher für Deutschland günstig ist. Es wäre jedoch ein verhängnisvoller Fehler, anzunehmen, daß damit auch die praktische Seite der Kriegsschuldfrage schon für Deutschland mehr oder weniger günstig entschieden sei, daß also auch schon in der Weltmeinung, wie sie sich in der Weltpresse spiegelt, ein Umschwung zu Gunsten Deutschlands eingetreten sei! Es mag ja wohl stimmen, daß auch hier die Wahrheit auf dem Marsche ist und daß ihr endgültiger Sieg nicht aufzuhalten ist. Doch ebenso sicher ist es auch, daß dieser Marsch ein außerordentlich langsamer ist, der vielleicht erst nach vielen Jahrzehnten zum Ziele führen wird, und daß vorläufig, abgesehen von wenigen erfreulichen Ausnahmen, von einem Umschwung der Weltmeinung noch sehr wenig zu spüren ist. Das ist jedoch nicht verwunderlich, wenn man bedenkt, daß die Weltmeinung in dieser Frage nur zum geringen Teile durch ehrliche und kompetente Kriegsschuldforscher und ihre doch nur in beschränkter Kreise eindringenden Werke bestimmt wird, zum überwiegenden Teil dagegen durch die Weltpresse, die wenig Interesse am Durchbruch der Wahrheit in der Kriegsschuldfrage hat.

Von den durch die Weltpresse die öffentliche Meinung formenden Kreisen wird ja leider nicht selten das Wort eines französischen Offiziers aus der Besatzungszeit geteilt, der auf die Frage, ob er denn wirklich an die Kriegsschuld der Deutschen glaube, mit zynischer Offenheit antwortete: „Wir glauben es nicht, aber die Massen müssen es glauben.“

Doch der Sieg der Wahrheit in der Kriegsschuldfrage wird, was die Weltmeinung betrifft, nicht nur durch die ablehnende Haltung der Weltpresse aufgehalten, sondern es tritt noch ein Hindernis von nicht geringer Bedeutung hinzu, ein Argument, das dem Denken wenig informierter Massen von so unwiderleglicher Ueberzeugungskraft erscheinen muß, daß man es ohne Uebertreibung als das praktisch entscheidende Argument in der Kriegsschuldfrage bezeichnen kann. Es sei mir gestattet, dieses Argument durch ein triviales Beispiel aus dem alltäglichen Leben zu erläutern. Ein Bekannter von uns, so wollen wir annehmen, sei in ernste und gefährliche Sünde mit ihm feindselig gesinnten Leuten geraten, in denen er unterlegen ist; er sei ferner von den sich gleichzeitig als Kläger und Richter aufspielenden Gegnern für den schuldigen Teil erklärt worden und es seien ihm auf Grund dieses Urteils und eines erprehten Schuldbekenntnisses unerträgliche, ihm Ehre und Gut raubende Sanktionen auferlegt worden. Wenn, wie wir ferner annehmen wollen, wir selbst nichts Zuverlässiges über die Entstehung der Sünde wissen, so werden wir doch ganz ohne Zweifel auf Grund des weiteren Verhaltens des Unterlegenen zu einer Bestätigung des Schuldspruches seiner Gegner gelangen, wenn wir nämlich sehen, daß der Unterlegene zwar im Kreise seiner Bekannten sich aufs lebhafteste über das ihm angetane Unrecht beklagt und seine Unschuld beteuert, daß er dabei aber die ihm freistehende Möglichkeit nicht ausnützt, seine Gegner vor ein unparteiisches Tribunal zu fordern und damit eine Revision des juristisch anfechtbaren Urteilspruches seiner Gegner zu erzwingen. Dieses Argument würde für uns schlechterdings entscheidend sein, trotz aller Beteuerungen unseres Bekannten, ja, im Grunde genommen würden uns seine Unschuldsbeteuerungen und seine Klagen über die Härte und Ungerechtigkeit der ihm auferlegten Bußen bei

gleichzeitigem Nichtausnutzen des ihm freistehenden Weges zur Rehabilitation uns nur in der Ueberzeugung von seiner Schuld bestärken.

Es erübrigt sich wohl, die Parallelen zu ziehen zwischen dem obigen erdachten Beispiel und dem Verhalten der Weltmeinung in der Kriegsschuldfrage. Es ist gewiß zugegeben, daß es keine der deutschen Regierungen unterlassen hat, sich über das dem deutschen Volke angetane Unrecht zu beschweren und seine Unschuld am Weltkriege zu bestreiten; doch ebenso bekannt ist es leider, daß keine dieser Regierungen bisher die durch kein Friedensdiktat verbaute Möglichkeit ergriffen hat, in aller Form die Untersuchung der Kriegsschuldfrage von einem unparteiischen Tribunal zu fordern. Ist es dann verwunderlich, daß dieses für den unvoreingenommenen schlichten Menschenverstand schlechterdings entscheidende Argument schon an und für sich, auch ohne die Arbeit einer tendenziösen Weltpresse, genügend ist, die Weltmeinung in der Kriegsschuldfrage in verhängnisvoller Weise zu Ungunsten Deutschlands zu beeinflussen, und daß gegen das Gewicht dieses Arguments die auch noch so aufopferungsvolle Aufklärungsarbeit einzelner Kriegsschuldforscher einfach nicht in Betracht kommt. Ist es nicht klar, daß unter diesen Umständen auch alle Beschwerden der deutschen Regierungen über das Deutschland in der Kriegsschuldfrage angetane Unrecht nutzlos im Winde verhallen mußten, solange nicht der einzige Weg zur Rehabilitation beschritten wird.

Deutschlands Waffen im Kampf um seine Befreiung von den Fesseln des Versailler Vertrages können wohl moralischer Natur sein; ein anderer Kampf wäre Wahnsinn. Um so wichtiger ist es, daß Deutschland die einzige scharfe Waffe in diesem moralischen Kampfe, die ihm geblieben ist, nämlich die Widerlegung des die Grundlage des Versailler Vertrages bildenden Urteils in der Kriegsschuldfrage, auch wirklich benutzt und sich nicht mit einem Scheinkampfe mit stumpfen Waffen begnügt, der auf die Weltmeinung keinen Eindruck macht. Das gilt ganz besonders im Hinblick auf die bevorstehende Abrüstungskonferenz, auf der Frankreich und die durch Frankreich beeinflusste Mächtegruppe mit allem Nachdruck die auf das deutsche Schuldbekenntnis sich gründende These vom ungleichen Recht in der Bewaffnungsfrage vertreten wird, wie ja noch vor nicht allzu langer Zeit der französische Kriegsminister Maginot in einer Kammerrede in aller Form Deutschlands Gleichberechtigungsforderung zurückwies, mit der Begründung, daß die für den Weltkrieg verantwortlichen Nationen nicht Anspruch auf dieselben Rechte in der Rüstungsfrage erheben könnten wie die Nationen, die die Freiheit und Demokratie im Weltkriege verteidigt haben. Bei dem augenblicklichen Stande der Weltmeinung in der Kriegsschuldfrage kann diese These nur zu leicht den Sieg erringen.

Bloß ein Umschwung in der Weltmeinung in dieser Frage kann Deutschland helfen, und dieser Umschwung kann in wirklich durchgreifender Weise bewirkt werden nicht allein durch wissenschaftliche Untersuchungen über die Kriegsschuldfrage (so notwendig und dankenswert sie auch sind), auch nicht durch bloße Unschuldsbeteuerungen, die kaum über die deutschen Grenzen dringen und keinen Eindruck auf die Weltmeinung machen, sondern bloß dadurch, daß die deutsche Regierung an die Ehre und das Gerechtigkeitsgefühl der Nationen appellierend, Deutschlands frühere Gegner, die, Kläger und Richter in einer Person, ihm das Schuldbekenntnis erpreßt haben, in aller Form vor die Schranken eines unparteiischen Tribunals fordert.

Frankreich vor und nach dem 9. August.

Mancher Leser des „Aufwärts“ wird es sicherlich begrüßt haben, daß der Schreiber der „Unschau“ in Nr. 187 dieser Zeitung es einmal klipp und klar ausgesprochen hat, daß eine Verständigung mit Frankreich mit einem großen Fragezeichen zu versehen sei. Auch die Begründung, die der Mitarbeiter S. für seine Auffassung gibt, trifft den Nagel auf den Kopf. Frankreich ist und bleibt der Feind Deutschlands, der keinen anderen Wunsch hat und kein anderes Ziel kennt, als Deutschland wirtschaftlich und politisch in der Abhängigkeit Frankreichs zu halten. Als kurz vor dem 9. August die deutsche Linkspresse in treuer Gemeinschaft mit der französischen Chauvinisten-Presse in bezug auf den Ausfall des Volksentscheides Schreckgespenster an den Wand malte und zum Ausdruck brachte, daß bei einem erfolgreichen Volksentscheid Frankreich kein Geld geben würde, haben wir in der Nr. vom 7. August im „Aufwärts“ schon zum Ausdruck ge-

bracht, daß gerade diese französische Einstellung zum Volksentscheid ein Beweis sei, daß wir uns auf dem richtigen Weg befänden. Tatsächlich haben sich viele Abstimmungsberechtigte verleiten lassen, in der Hoffnung auf das französische Geld der Wahlurne fernzubleiben. Was ist nun aus all diesen Hoffnungen geworden. Wer die französischen Zeitungen nach dem 9. August einer Durchsicht unterzogen hat, weiß, daß alles, was vorher geschrieben, gedroht und in Aussicht gestellt wurde, nichts weiter bedeutete, als dem deutschen Wächel wieder einmal gründlich das Fell über die Ohren zu ziehen. Kaum war bekannt, daß der Volksentscheid nicht die nötige Stimmenzahl erhalten hatte, machte die französische Presse kehrt und schlug Töne an, die wir zwar nicht anders erwartet haben, die aber den Gegnern des Volksentscheides deutlich gezeigt haben, daß man sie vor dem Volksentscheid gründlich genasführt hat. Schon am 11. August bringt das „Journal des Debats“ zum Ausdruck, daß es dem Ministerpräsidenten Poincaré natürlich nicht möglich sei, in Berlin neue Konzessionen zu machen, da er dann das ganze Parlament gegen sich haben werde. Wenn Berlin nicht auf ganz bestimmte Fragen die gewünschte Antwort gebe, so werde Frankreich keinerlei finanzielle Hilfe gewähren. Brüning und Curtius sollen vorher öffentlich erklären, daß sie auf Zollverein, Anschluß und Revision der Verträge verzichten. Die französische Regierung habe, so heißt es höhnend weiter, jetzt alles in Händen, um ihre Politik durchzusetzen. Man könne auch jetzt noch zu Deutschland kein Vertrauen haben. Auch der „Temps“, welcher als Blatt der amtlichen Auffassung vor Illusionen warnte, erklärte rund heraus, daß die notwendigen Garantien für einen langfristigen Kredit dieselben blieben wie bisher. Wenn die Reichsregierung nach dem Mißerfolg des Volksentscheides auch jetzt jene Bedingungen nicht gewähren könne, sei nach wie vor größte Vorsicht Deutschland gegenüber am Platze.

Ob unsere Optimisten in Deutschland, die sich so gern von der französischen Presse einfeilen ließen, wohl jetzt einsehen werden, wie töricht sie mit einer aus französischen Quellen inspirierten Agitation gehandelt haben. Statt Geld kommt aus Frankreich der kalte Wasserstrahl. Wir gönnen den Leichtgläubigen in Deutschland die kalte Dusche, fordern aber energisch, daß die französischen Forderungen nicht nur von einer starken nationalen Opposition, sondern auch von einer ebenso starken nationalen Regierung abgelehnt werden.

Der Volksentscheid im Spiegel der französischen Presse.

Das Ergebnis des Volksentscheides wurde in Frankreich mit großer Spannung erwartet. In der Tat schien es so, als ob manche Finanz- und Wirtschaftskreise, ja die französische Regierung ihre zukünftige Haltung Deutschland gegenüber lediglich von der Abstimmung in Preußen abhängig machen wollte.

Nachdem das negative Ergebnis vorliegt, merkt man, daß alles beim Alten bleiben wird.

Verschieden wird der Ausgang der letzten Abstimmung besprochen. Die Linkspresse jubelt. „Ere Nouvelle“ schreibt: „Die Stimme der Vernunft hat gesiegt. Beglückwünschen wir uns dazu im Interesse Europas und des Friedens (Frieden bedeutet ja Versailles). La République“ führt aus: „Wäre der Sozialismus besiegt, dann wäre die europäische Ordnung umgeworfen worden. Briand habe die Früchte seiner weitsehenden Friedenspolitik geerntet.“ Geradegu elegisch wird der französische Sozialistenführer Blum im „Populaire“: „Der Sieg vom 9. August sei allein dem Opferinn, der Energie der deutschen Demokratie zuzuschreiben. Das Proletariat Deutschlands habe den Weg der Reaktion versperrt. Es hat den ungestümen Angriff der Kommunisten und Faschisten zurückgeschlagen, es hat die Republik in Deutschland, ja den Frieden Europas gerettet.“ (!)

Die Presse der Mitte ist dagegen abwartend. „Le Matin“ schreibt: „Es ging nicht allein um das Schicksal der Preussischen Regierung. Es ging um vielmehr. Es ging um den Kredit Deutschlands. Mit dem Sieg der Kommunisten und Hitlerleute wäre der Kredit in der Anarchie untergegangen(!). Deutschland habe durch den Sieg am 9. August 1931 einen kurzfristigen Kredit erhalten. Von ihm hängt es ab, ob dieser zu einem langfristigen Kredit umgewandelt werden kann.“

Die französische Rechtspresse kommt fast zu gleichen Ergebnissen wie die deutsche Rechtspresse. Sie behauptet nämlich, daß die Kommunisten im allgemeinen der Parole ihrer Führer nicht gefolgt sind. „Le Petit Parisien“ schreibt u. a., daß das Resultat eigentlich einen gewaltigen

Erfolg der Reichskreise darstelle. 6 Millionen Stimmen seien im Volksbegehren abgegeben. 10 Millionen haben sich für die Auflösung des Landtages eingesetzt. Dieses bedeute eine Zunahme der Rechtsparteien in Deutschland. „L'Echo de Paris“ und „Le Journal“ meinen, daß der vorige Sonntag der preussischen und deutschen Regierung eine kurze Frist geschenkt habe. Die Dinge seien aber noch immer unklar. Man dürfe nicht auf Grund der zufällig erzielten Ergebnisse seine vorsichtige Haltung gegenüber Deutschland ändern. Im großen und ganzen habe das Resultat an sich nichts zu bedeuten, weil ja Deutschland, ob faschistisch oder sozialistisch regiert, doch nur ein Ziel hat: Erlangung weiterer Kredite, Bekämpfung der Friedensverträge und des Young-Planes.

Das offiziöse „Temps“ nimmt mit Freuden die Nachricht des Mißlingens auf, warnt aber, weittragende Schlüsse daraus zu ziehen.

An dem Volksentscheid erlebten wir also das, was wir schon oftmals, zuletzt bei der Wahl Hindenburgs, erlebt haben. Vor den Wahlen werden wir von der französischen Presse gewarnt. Tun wir das, was wir wollen, dann heißt es: Die Deutschen seien vom Kriegsgeist befeelt und können auf kein Entgegenkommen seitens Frankreichs hoffen. Tun wir das, was Frankreich gern möchte, dann heißt es: Die Vernunft habe gesiegt. Frankreich könne aber keine Hilfe in Aussicht stellen. Es müsse abwarten, wie die Dinge sich weiter entwickeln.

Und so lernen wir nach und nach nicht mehr nach dem Ausland zu schauen. Für unser Tun und Lassen ist nicht die Stimme des Auslandes, sondern die Stimme unseres Herzens, sofern es Deutschland liebt, maßgebend.

Und die Hilfe, deren wir bedürfen, wird auch nicht vom Ausland, sondern aus den Kräften unseres Volkstums kommen.

E. F. R.

Der Dank des Auslandes für Deutschlands Haltung.

Das Ausland hat der Haltung der deutschen Bevölkerung beim Zusammenbruch der Finanzen alle Achtung gezollt. Und das Ausland hielt Deutschland für würdig, neue Kredite zu erhalten, wenn es Ruhe und Entschlossenheit bewahre und den „Volksentscheid der Radikalen“ ablehne. Das „vernünftige“ Deutschland hat den Volksentscheid abgelehnt. Die Bedingungen des Hooverplans lauten nun:

1. Deutschland zahlt trotz allem weiter. Mit einem völligen Moratorium ist es nichts. 51 Millionen sind aufzubringen. Monatlich.

2. Von diesen aus Deutschland herausgeholt 51 Millionen bekommt Deutschland umgehend 45 zurück. Natürlich gegen Verzinsung.

3. Gegen den Kredit von 45 Millionen hat Deutschland gewissermaßen seine Reichsbahn zu verpfänden. Als wesentlicher Vorteil dem Youngplan gegenüber wurde die Verpfändung der Reichsbahn angesehen. Heute ist es wieder soweit, daß das Verkehrsnetz in ausländische Hände übergegangen ist. Indirekt, durch Verpfändung.

4. Am Youngplan darf nicht gerüttelt werden.

5. In allen wesentlichen Fragen hat Frankreich also obgesiegt, trotz aller Freundschaftsbeteuerungen.

So entschied das Londoner Sachverständigen-Komitee am 11. August. Dieses Komitee darf sich rühmen, daß seine Regie geklappt hat. Denn wenn dieser Plan um einige Tage früher bekannt geworden wäre, der Volksentscheid wäre anders ausgefallen. Das Komitee in London hat der Regierung Braun einen unschätzbaren Dienst durch diese Regie getan.

Zwei Tage nach dem Volksentscheid mag sich das deutsche Volk fragen, ob seine Rücksichtnahme auf das Ausland am Platze war oder nicht. Es ist bedauerlich,

daß nur die wenigstens Zeitungen es wagen, die offensiblen Nachteile dieser Entscheidung aus London genügend zu würdigen und hervorzuheben. Deutschland hat 11 Jahre lang seine Innenpolitik den Wünschen des Auslandes angepaßt. Deutschlands Widerstandsfähigkeit, Deutschlands nationale Opposition wurde im Namen der öffentlichen Meinung des Auslandes niedergehalten. Sie wurde als „staatsfeindlich“ als „völkerfriedensstörend“ gebrandmarkt. Dem deutschen Volke wurde für Wohlverhalten in seiner Innenpolitik die Gunst des Kapitalmarktes zugesagt. Deutsche Staatsmänner und solche, die vorgaben es zu sein, sich aber lediglich als Parteipolitiker und Parteinteressenten entpuppten, beschworen das deutsche Volk seine eigene freie Meinung und natürliche politische Willensbildung zurückzustellen, um im Ausland eine gute Stimmung zu erzeugen. Selbst die Wahlen zu deutschen Parlamenten wurden unter den Eindruck der öffentlichen Meinung des Auslandes gestellt. An diesen Tatsachen können wir nicht vorübergehen. Der Erfolg aller dieser Maßnahmen? Ich aber frage die deutschen Parteien, ob sie noch länger bereit sind, das berechnete Prestige der deutschen Nation den Wünschen des Auslandes preiszugeben, die Innenpolitik und Wahlentscheidungen unter den Druck der Meinung des Auslandes zu stellen oder ob man sich nicht endlich entschließen will offen und ehrlich zu erklären:

Wir sind ein geknechtetes Volk, das sich dem Zwange fügen muß.

Anstatt aufgeben von Recht und Freiheit und Souveränität zu reden, die nicht ist, auf die man zwangsläufig verzichten muß. Es ist nicht beschämend, einem Zwang zu unterliegen. Aber es ist beschämend, ihn auf die Dauer zu dulden und ein ganzes Volk zur Duldung zu erziehen bezw. anzuhalten und gegen die mit Gewalt und Diffamierung vorzugehen, die aus der Zwangslage die beste Nutzenanwendung ziehen wollen, nämlich die:

Zähneknirschend den Zwang ertragen, aber alles, restlos alles einzufügen, um ihn eines Tages abschütteln zu können.

Das ist Realpolitik.

Wer den Reichsfreiherrn vom Stein zitiert, der muß auch in seinem Geiste kämpfen, der muß seinen Kampf- und Widerstandsgedanken ins Volk tragen.

Stein hat weder Privatorganisationen noch die preussische Polizei angelegt, um den Widerstandsgedanken und die Widerstandshaltung niederzuhalten und zu zerlegen.

Sondern im Gegenteil, im geheimen hat Stein alles getan, aber auch alles, um den Widerstandsgedanken zu wecken und den Kampfsgeist wach zu halten. F. V. A.

Der nordische Abstinenzkongress in Helsingfors.

Jedes zweite oder dritte Jahr veranstalten die Abstinenzler der nordischen Länder einen Kongress, zu dem die Vertreter der folgenden Länder eingeladen werden: Schweden, Norwegen, Dänemark, Island, Finnland, Estland und Lettland.

Der letzte Kongress, der mit vollem Erfolg Ende Juli in Helsingfors abgehalten wurde, war besonders lehrreich, denn die alkoholgegnere Lage in den nordischen Ländern verdient gegenwärtig, die Aufmerksamkeit aller derjenigen, die sich mit der Alkoholfrage befassen, zu beanspruchen. Der Norden ist wie ein großes Laboratorium für die Alkoholgesetzgebung geworden, wo die verschiedensten Heilmittel angewendet werden, um das Uebel zu bekämpfen.

Nachdem es ungefähr 10 Jahre unter dem Branntweinverbot lebte, hat nun Norwegen wieder das Ge-

meinbestimmungsrecht und das Gesellschaftssystem, so wie eine Art Branntwein- und Weinmonopol. In Dänemark wendet man das Gemeinbestimmungsrecht und die hohe Alkoholbesteuerung an und man denkt auch an die Einführung eines restriktiven Alkoholmonopols. In Schweden fragt man sich, ob das Brattsystem (Branntweinbäcklein) aufrechterhalten, geändert oder abgeschafft werden soll. In Estland wurde das vor ein paar Jahren eingeführte Gemeinbestimmungsrecht im letzten Jahre scharf angegriffen, konnte aber beibehalten werden. Darüber haben hervorragende Referenten den Mitgliedern des Kongresses sichere und vollständige Auskunft erteilt. Ihre Objektivität hat wohl diejenigen überrascht, die glauben, daß die Abstinenzler notwendigerweise Fanatiker sind. Man hörte auch allgemeinen Berichten zu über die Enthaltensamkeit als Kulturfaktor und über die Gefahr der leicht alkoholisierten Getränke, die man so oft überfießt.

Die Lage in Finnland unter dem Alkoholverbot bot aber das größte Interesse. Jedermann gibt ohne weiteres zu, daß sie nicht befriedigend ist: die von Jahr zu Jahr zunehmende Zahl der Trunkenheitsfälle, der Umfang der geheimen Branntweinherstellung und ganz besonders des Schmuggels sind bedauerliche, aber unleugbare Tatsachen. Die grundsätzlichen Gegner des Verbots freuen sich darüber, stellen mit Genugtuung fest, daß ihre ungünstige Voraussage berechtigt war und verlangen die sofortige Wiedereinführung des legalen Verkaufes der alkoholischen Getränke, in jedem Falle der gewöhnlichen Biere und des Weines.

Unter denjenigen, die Anhänger der Prohibition waren oder sind gibt es zwei Gruppen. Die einen geben mit Bedauern zu, daß das Verbot sich nicht bewährt hat und kommen zu der Schlussfolgerung, daß es besser wäre, es durch ein strenges restriktives System zu ersetzen. Die anderen, unter ihnen die meisten Mitglieder der alkoholgegnereischen Vereine, halten nicht das bisherige Ergebnis als entscheidend und wollen das Experiment verlängern. Sie schreiben die gegenwärtigen Schwierigkeiten der Unzulänglichkeit der Durchführung und der Nachlässigkeit der Polizei zu. Sie sind der Meinung, daß man sowohl auf nationalem als auf internationalem Gebiete nicht alles tat, was getan werden konnte, um den Schmuggel wirklich zu unterdrücken.

Von verschiedenen Seiten schlägt man vor, die Frage: Aufrechterhaltung oder Aufhebung des Verbots der Entscheidung des Volkes zu überlassen. Das ist aber schwierig, denn die finnische Verfassung kennt das Referendum nicht. Nach den Wahlen gibt sie die vollständige gesetzgeberische Gewalt in die Hände des Landtages, der gegenwärtig in seiner Mehrheit dem Verbot günstig ist. Es scheint unter diesen Umständen gefährlich einen Präzedenzfall zu schaffen und die Verbotsfrage ausnahmsweise dem Volke zu unterbreiten. Es wäre in jedem Fall besser zuerst das Referendumsrecht, wie es in der Schweiz besteht, einzuführen. Das würde aber eine tiefgehende Änderung der konstitutionellen Grundlagen des Landes bedeuten und eine solche wichtige Reform sollte zuerst ernst und reiflich geprüft werden.

Eine erfreuliche Tatsache ist die Entwicklung der Aufklärungstätigkeit gegen den Alkohol. Die Prohibition mag aufrechterhalten oder abgeschafft werden, man will alles tun, um möglichst viele Bürger, ganz besonders die Jugend, zu bewegen, von sich aus, auf Grund ihrer inneren Ueberzeugung, auf die alkoholischen Getränke zu verzichten. Auch in den anderen nordischen Ländern befassen sich sowohl die Behörden als die alkoholgegnereischen Vereine mehr und mehr mit der alkoholgegnereischen Aufklärung, in der Schule und außerhalb der Schule, überall will man dem Beispiel Schwedens folgen, das die Aufklärungsarbeit gegen den Alkohol muster-gültig organisiert hat.

Das Deisterdorf.

Von O. Bungehoff.

Wenn man die Karte des in der Mitte zwischen Hameln und Hannover gelegenen bewaldeten Deistermassivs in Augenschein nimmt, so wird man unwillkürlich den Eindruck gewinnen, daß von allen Ortschaften dieses von drei Eisenbahnlinien umzogenen Gebirges nur das von uns geschilderte Dorf am Deisterwalde selbst liegt und darum mit Recht als „das Deisterdorf“ im besonderen Sinne, als das Deisterdorf haterogen (vorzugsweise) bezeichnet werden kann. Diese seine Lage läßt es auch nicht unwahrscheinlich erscheinen, daß die Annahme eines Historikers auf Wahrheit beruht, dies Dorf sei beim Einfall der Sachsen von 1½ Tausend Jahren, weil tief im Urwald gelegen, übersehen und nicht von ihnen in Besitz genommen wurde, sodaß ihm ein Teil der keltischen Urbewohner erhalten geblieben sei. In der Tat unterscheidet sich auch heute noch die Bevölkerung des Dorfes in ganz auffallender Weise von der niedersächsischen der weiteren Umgebung des alten Kalenberger Landes.

Der Saupark.

Was diesem Deisterdorf eine besondere Anziehungskraft verleiht, das ist nicht nur seine stattliche Größe und sein Reichtum, der ihm aus den goldenen Weizenfluren des nahen Hallertales erwächst, sondern vor allem der Umstand, daß es den Ausgangspunkt bildet, vor allem für die Stadtbewölkerung von Hannover, für wundervolle Wanderungen durch den nahen Saupark. Dieser wunderschöne Saupark ist nicht etwa ein Park im gewöhnlichen Sinne, sondern ein wald- und schluchtenreiches Gebirge. Trotz seines riesigen Umfangs haben es die ehemaligen Könige von Hannover mit einer hohen Wildmauer umgeben, innerhalb derer von jeher große Herden von Wildschweinen und Damhirschen ihr Wesen treiben und an verschiedenen Futterplätzen täglich von Staatsförstern gefüttert werden. Denn der ehemals königlich hannoversche, nachmals kaiserliche Saupark mit seinem bekannten Jagdschloß ist heute noch Staatsforst, nur das Schloß beherbergt heute nicht mehr fürstliche Jagdgäste mit

ihrem Gefolge, wie ehemals, sondern fröhliche Kinder-scharen, die die Stadt Hannover hier im Sommer zur Erholung unterbringt. Mitten durch den meilenweiten, zum Teil von riesenhaften Bäumen bestandenen und durch stellenweise urwaldartige Dichtigkeit und geheimnisvolles Walddunkel anziehenden Forst ziehen sich öffentliche, breite und wohlgepflegte Straßen, die durch große Gattertüre verschlossen sind. An Sonn- und Feiertagen beleben sich diese Waldstraßen mit buntgeputzten Ausflüglern, die sich vor allem an der Fütterung der wilden Schweine gegen Abend erfreuen und dann die „Schwarzrittel“ aus allernächster Nähe beobachten können. Augenblicklich sind sieben gewaltige Wisente innerhalb des Parkes eingezogen und zwar von einer aus Franzosen, Engländern, Dänen und anderen Ausländern bestehenden Jagdgesellschaft — auch wieder eine Ueberfremdung deutschen Besitzes — was den Inhaber eines Gasthofes in einem Nachbarort so begeistert zu haben scheint, daß er seinem, wie ein Phönix aus der Asche entstiegene Wirtshaus den Namen „Restaurant zum Wisent“ gegeben hat.

In mir tauchen immer wieder unwillkürlich beim Besuch des Sauparkes Erinnerungen auf an längst verschwundene Tage deutschen, noch nicht überfremdeten Lebens. Es war am 10. November 1903, da fuhr der weiße kaiserliche Hofzug drunten im Hallertal ein an der sogenannten Kaisertrampe. Dem Zuge entstieg die gesamte Jagdgesellschaft in ihren grünen Jägerrocken, um die bereitstehenden Jagdwagen zu besteigen. Im ersten Wagen nur ein junger Forstbeamter mit der „Saufeder“, einem spießartigen Instrument, im zweiten Wagen der Kaiser mit dem jungen König von Spanien — heute beide entthront — im dritten der Kronprinz und dann die gesamten Jagdgäste. Am interessantesten war nach der Hofjagd und dem Jagdessen die Wildstrecke vor dem Jagdschloß Springe und das große Salali, von Förstern geblasen. Bemerkenswert ist, daß das große Salali auch heute noch vor dem Schloß geblasen wird, wenn Oberpräsident Noske an der Spitze seiner zahlreichen Jagdgäste auf der Freitreppe nach der Jagd erscheint,

und, daß er leithin geäußert hat, er hoffe, daß der alte Preußengeist in den Forstbeamten noch nicht erloschen wäre, eine Hoffnung, der wir uns von ganzem Herzen anschließen wollen.

Mit dem Jagdschloß verbunden ist übrigens auch, so wie mit dem Saupark, unser „Deisterdorf“. Denn an diese Zusammengehörigkeit erinnern heute noch die Grabsteine an der Außenwand der Dorfkirche. Diese Grabsteine sind vor Jahrhunderten gesetzt worden, um das Andenken wachzuhalten an die Familie von Platen-Hallermund, der der bekannte Dichter gleichen Namens entstammt. Das Stammschloß derselben aber stand dicht neben dem heutigen Jagdschloß auf dem Hallermundshof, einem bewaldeten Bergkegel.

Das Erdbeerdorf.

Eine besondere Eigenart unseres Deisterdorfes, das auf ungemein fruchtbarem Boden liegt und von vielen Aushäusern überschattet ist, bildet der fast ungleiche Reichtum an Erdbeeren. Zwar befassen sich die 30 großen Landwirte des Dorfes nur soweit mit der Erdbeerzucht, als sie ihren Hausbedarf an dieser köstlichen Frucht deckt, da die Beschäftigung mit derselben ihnen zu zeitraubend ist. Umso mehr legen sich die kleinen Leute, die Landarbeiter und Steinbrucharbeiter samt Frauen und Kindern auf die Pflege der Erdbeeren und versorgen den Markt der Stadt Hannover fast ausschließlich mit Erdbeeren. Dauert die Erdbeerzeit auch nur ungefähr 4 Wochen, zumeist im Monat Juni, so erzeugt sie, erfreulicherweise gerade für die mit Land weniger begüterte Bevölkerung des Ortes einen von Jahr zu Jahr wachsenden Wohlstand.

Daß dies keine Uebertreibung ist, beweisen die mir von glaubhafter Seite gemachten Angaben über die diesjährige Erdbeerenernte des „Deisterdorfes“. Innerhalb rund dreißig Tagen haben die dortigen Bewohner durchschnittlich 100 Zentner Erdbeeren auf der Bahn oder auf Lastautos nach Hannover befördert und dort auf dem Markt oder in den Häusern für den Zentner 25 Mark erzielt unter Ausschaltung des Zwischenhandels, da sie die

Bräunung befür-
teilt. — Gemein-

Die in der
verbreiteste
lungen über
dem Reichs-
Bräunung etwa

Der nächst-
Europa seit
den die Un-
kommen und
beisloße
für den Staat
schwierig
sicherheit auf
finanzielle St-
Deutschland zu
Schwierigkeiten
führt.

Die Nationen
um der gemei-
dringend von
Europas Job-
Festlegung in
Qualität und
diffusierter
Schließung
zur Regulierung
freue mich,

Ich habe bere-
Dinge mit den
Italien gehabt.
bis ich eine Ge-
heiten mit dem
chen. Von über-
tionen Europa-
glauben. Ich bi-
europäischen
die französische
lands Wunsch
zeugen.

Die gegen-
gende Ursachen
neuen Staaten-
und Indien; d-
Welt und vier-
lungen als Fol-
Wenn man die
untersucht, dan-
trag von
Deutschlands g

Starkest

Das Reichs-
über eine

In Berlin
„Daily Mail“
wird ausdru-
vorn gehand-
eine formulie-
veröffentlichen
eine Resümé
nahme zu den

Das ein-
Reichsfänger
allen politischen
Aufsehen erreg-
„Daily Mail“

Erdbeeren in
der Tat ein g-
Pfeinzig. Und
bedenkt, daß t-
ner zu 25 Ma-
In einen Mo-
voll Erdbeeren
Tageszügen.
mir ein dort
fer Station
zeit eingestellt
daß gerade die
gen, Nebenwer-
kleines Häusch-
beschaffen kön-
Wir haben
schildert, weil
dringlich auf d-
für Zwerggüte

Daß das „A-
flens gewesen
bedenkt, daß e-
reiches Hannover
durch diese U-
einen Schimpf
dern einer and-
meinen welfisch
über die Verf-
Aber gestreut
schilderten 10.
fers aus dem
hemenz die R-
und so laut Hu-
Seute hat
„Deisterdorf“
tentums im H-
selbst, das Ziel
es ginge um d-

Kanzler-Appeal an Europa.

Brüning befürchtet weiteres Anwachsen der Arbeitslosigkeit. — Gemeinsame Abwehr der Gefahr notwendig. — Für Preis- und Zollabbau.

— London, 17. August.

Die in London erscheinende „Daily Mail“, eine der verbreitetsten Zeitungen Englands, veröffentlicht Mitteilungen über eine Unterredung ihres Chefredakteurs mit dem Reichskanzler Brüning. Danach hat Reichskanzler Dr. Brüning etwa folgende Äußerungen gemacht:

Der nächste Winter wird der schlimmste werden, den Europa seit hundert Jahren erlebt hat. Wir Deutschen werden die Ungunst der Lage am empfindlichsten zu spüren bekommen und müssen mit sieben Millionen Arbeitslosen rechnen. Das Problem, sie zu erhalten, wird für den Staat und die Kommunalverwaltung außerordentlich schwierig sein. Hinzukommt, daß unsere finanzielle Unsicherheit auf die Nachbarstaaten übergrift und dort die finanzielle Stabilität untergräbt, was wiederum auf Deutschland zurückwirkt und uns in den Sumpf von Schwierigkeiten, aus dem wir uns gerade erheben, zurückführt.

Die Nationen Europas müssen ihre Kräfte vereinen, um der gemeinsamen Gefahr zu begegnen. Ich schlage dringend vor, daß die verantwortlichen Staatsmänner Europas sobald als möglich zusammenkommen, um die Festlegung internationaler Preise für Güter derselben Qualität und die Ausmerzungen handelsabschneidender industrieller und kommerzieller Konkurrenz zu erörtern. Schließlich würde ich gern internationale Bepreisungen zur Regulierung der hohen Zölle sehen, und ich treue mich, sagen zu können, daß dies nicht nur ein frommer Wunsch ist.

Ich habe bereits private Bepreisungen über derartige Dinge mit den Premierministern von Großbritannien und Italien gehabt. Ich kann indessen darüber nicht mehr sagen, bis ich eine Gelegenheit gehabt habe, dieselben Angelegenheiten mit dem französischen Ministerpräsidenten zu besprechen. Von überragender Notwendigkeit ist es, daß die Nationen Europas an den Frieden für viele, viele Jahre glauben. Ich bin überzeugt, daß die Bevölkerung jedes westeuropäischen Landes Frieden braucht. Ich habe versucht, die französische Nation von der Unzufriedenheit von Deutschlands Wunsch nach einem dauernden Frieden zu überzeugen.

Die gegenwärtigen Schwierigkeiten Europas haben folgende Ursachen: Erstens Ueberindustrialisierung der kleinen neuen Staaten; zweitens Rückgang der Kaufkraft in China und Indien; drittens übertriebene Zölle in der ganzen Welt und viertens künstliche Lenkung des Flusses der Zahlungen als Folge der deutschen Reparationsverpflichtungen. Wenn man die Wege zu allgemein besseren Bedingungen untersucht, dann stößt man sehr häufig gegen den Vertag von Versailles. Der Kommunismus ist Deutschlands größte innere Gefahr.

Starkes Echo der Unterredung.

Das Reichsfinanzministerium dementiert die Gerüchte über eine weitere Gehalts- und Pensionskürzung.

— Berlin, 17. August.

In Berlin wird der Empfang des Chefredakteurs der „Daily Mail“ durch Reichskanzler Brüning bestätigt, doch wird ausdrücklich betont, daß es sich hierbei um kein Interview gehandelt hat. Der englische Journalist hat daher auch keine formulierte Erklärung ausgehändigt bekommen und veröffentlichten können, sondern es handelte sich lediglich um eine Rumor über ein Gespräch. Eine offizielle Stellungnahme zu den einzelnen Punkten wird abgelehnt.

Das einschränkend vorausgeschickt, haben doch die vom Reichskanzler gesprächsweise gemachten Ausführungen in allen politischen Kreisen des In- und des Auslandes größtes Aufsehen erregt. Und offenbar war die Mitteilung der „Daily Mail“ auch dazu bestimmt, Sachlich stimmen die

neuen Darlegungen des Reichskanzlers mit dem den Vereinigten Reichsratsausschüssen erstatteten Bericht überein, der ja auch die gleichen Beforgnisse wegen der Ueberwindung des Krisenwinters enthielt und die Notwendigkeit einer planmäßigen internationalen Zusammenarbeit betonte. Dieser Meinung hat der Kanzler jetzt auch vor der englischen Presseöffentlichkeit Ausdruck gegeben, in einem Augenblick, in dem England vor den gleichen Finanznöten steht wie Deutschland.

Ueberraschend an den Mitteilungen der „Daily Mail“ ist vielleicht die Vermutung des Kanzlers, daß wir im Winter sieben Millionen Arbeitslose haben könnten und daß eine europäische planwirtschaftliche Zusammenarbeit notwendig ist, um den vernichtenden Konkurrenzkampf auszu-schalten. Im übrigen ist eine planmäßige internationale Zusammenarbeit nicht nur von der deutschen Regierung, sondern von allen an der Lösung der europäischen Fragen beteiligten Regierungen stets als Ausweg aus der großen Finanzkrise gefordert worden.

Die innere Krise, die sich in der hohen Arbeitslosigkeit widerspiegelt, versucht die Reichsregierung bekanntlich mit einer Selbsthilfeaktion zu bekämpfen; und je schwieriger sie sich die Situation vorstellt, um so durchgreifender werden ihre Abwehrmittel sein.

Der Kanzler hat in den Reichsratsausschüssen vertraulich, der Reichsfinanzminister in seiner Verfassungsbefugnis vor dem Reichstag öffentlich erklärt, daß einschneidende Reparationsmaßnahmen notwendig sein werden, um der Krise zu begegnen und daß man den Staatsapparat verbilligen müsse. Bisher ist das Selbsthilfeprogramm über einzelne Entwürfe nicht hinausgekommen. Trotzdem laufen Gerüchte um, denen zufolge das „Kernstück der Notverordnung“ eine neue Kürzung der Beamtengehälter um sechs bis acht Prozent sein wird. Vom Reichsfinanzministerium werden diese Behauptungen jedoch in aller Form dementiert. „Im Reichsfinanzministerium“, so erklärt man offiziell, „ist von einer neuen Gehaltskürzung nicht das geringste bekannt.“

Was die in letzter Zeit mehrfach erörterte Frage der Pensionskürzung betrifft, ist eine

Kürzung der Ruhegehälter im Wege der Notverordnung nicht möglich.

da sie im Reichstag und Reichsrat von einer Zweidrittelmehrheit gebilligt werden müßte, die aber — zumindest im Reichstag — nicht vorhanden ist. Nun hieß es vor einiger Zeit, daß eingeschriebene Briefe an alle hohen Pensionäre gefandt werden sollten, in denen diese um freiwilligen Verzicht auf einen Teil der Pensionen erlucht werden sollten. Vom Reichsfinanzministerium wird erklärt, daß solche Briefe nie geschrieben wurden. Angeblich handelt es sich um einen persönlichen Gedanken des Reichsarbeitsministers, der aber nie Wirklichkeit geworden ist. Im übrigen scheine man sich über die Höhe der bei einer solchen Transaktion einzusparenden Summen übertriebene Vorstellungen zu machen. Die höchsten Militärpensionen betragen jährlich 12 000 bis 16 000 Mark. Im Jahr 1924 waren einer Denkschrift zufolge, noch 500 Empfänger dieser hohen Pensionen vorhanden. Jetzt sind es nur noch 115, da allein im letzten Jahr hundert pensionierte Offiziere gestorben sind. Verzicht hat bisher niemand auf seine Pension, auch nicht, wie es hieß, die Generale Dainling und Schönaich. Der frühere deutsche Kronprinz hat die Pension nie beansprucht und auch nie erhalten, der frühere bayerische Kronprinz überweist sie dem bayerischen Landeskriegerverband.

Länderkonferenz in Oldenburg.

In Oldenburg wird am Dienstag eine interne Länderkonferenz mitteldeutscher und norddeutscher Länder stattfinden. Es werden sich an der Bepreisung beteiligen: Die Ministerpräsidenten und Finanzminister der Länder Oldenburg, Braunschweig, beide Mecklenburg, Thüringen, Anhalt, Schaumburg-Lippe und Lüneburg. Den Hauptgegenstand der Beratungen werden die Finanzfragen abgeben. Mögliche Bepreisungen haben bereits zweimal stattgefunden, das letzte Mal in Dessau und davor in Schwerin.

landes. Eine psychologisch fast unbegreifliche Begeisterung für die Hohenzollern griff in den letzten Wochen im „Deisterdorf“ Platz, die ihren äußeren Ausdruck fand in der lebhaften Teilnahme an einer nationalsozialistischen Kundgebung in der Stadthalle zu Hannover, in welcher Prinz August Wilhelm als Hauptredner auftrat. Die halbwüchsige Dorfjugend tritt der Jugendabteilung der nationalsozialistischen Partei bei und verläßt den weltlichen Löwenorden, offenbar unter der suggestiven Einwirkung der nationalsozialistischen Bewegung.

Das Dorf der deutschen Treue.

Das „Deisterdorf“ steht in dem Ruf einer kirchlich toten Gemeinde, und zwar schon seit Jahrzehnten; ob mit Recht oder Unrecht, wage ich nicht ohne weiteres zu entscheiden. Im übrigen hat sich doch seit dem Weltkrieg manches geändert. Ein großer kirchlicher Botschafter verschönert nicht nur äußerlich die Gottesdienste und kirchlichen Feiern, sondern wirkt offenbar auch innerlich bereichernd im Sinne des christl. Vereinswesens. Was aber auf die bauerliche Bevölkerung besonders segensreich einzuwirken scheint, ist die von dem sozialdemokratischen Gemeindevorsteher inaugurierte Austrittsbewegung, die schon im Welsentropf der bauerlichen Bevölkerung einen Auftrieb findet mit einem hörbaren: „Nun erst recht nicht!“ Uebrigens ist der Gemeindevorsteher ein ganz wackerer Mann, der die größten Höfe des Dorfes vor Einäscherung durch Maschinengewehre in einer Nacht des Frühjahrs 1920 durch besonnenes und energisches Auftreten bewahrt hat.

Wie treu die Dorfbewohner festhalten in echt deutscher Treue an ihrer alten lindenbeschatteten Kirche, das bewies mir vor einigen Wochen die geradezu ergreifende Feier in derselben, die als „goldene Konfirmation“ die ehemaligen Konfirmanden von 1881, 32 an der Zahl, zusammengeführt hatte und die, mit offenbar innerer Ergriffenheit daran teilnahmen. Wieviel Segen tragen doch diese 32 aus nah und fern herbeigeeilten Konfirmanden im Silberhaar in ihr Familienleben hinein. Auch ein Beweis, daß die Konfirmation keine überflüssige Sache ist.

Die Politik des Aufwärts.

Der „Evangelische Volksdienst“ für Baden macht seinen Lesern folgende Mitteilung:

Sitzung des Landesvorstandes.

Der Gesamtlandesvorstand trat am 31. Juli in Karlsruhe zu einer Sitzung zusammen, auf der die politische Lage im Reich eingehend beraten wurde. Die Sitzungen sollen mehr und mehr Arbeitstagen werden, auf denen die Richtlinien für die Haltung des Volksdienstes erarbeitet werden. Der Volksdienst muß immer mehr seine mitarbeitende Kreise zu einer sachkundig gegärten Kampferschar schulen. Jeder politische Dilettantismus, wie er u. a. in der christl. Tageszeitung „Aufwärts“ in neuester Zeit sich breit macht, wirkt heutzutage verhängnisvoll. Demgegenüber kann von unserer Volksdienstpresse „Tägliche Rundschau“ und „Evangelischer Volksdienst“ anerkannt werden, daß die Leser klar und deutlich innerwerden, was der Volksdienst will und worauf es ankommt. Die Stellung zum badischen Notgesetz und zum Spargutachten wird in weiteren Sitzungen bis zum Zusammentritt des Landtages im September geklärt werden.

Diese Mitteilung soll den Zweck haben, denjenigen Lesern des „Badischen Volksdienst“, die auch Leser des „Aufwärts“ sind, das Blatt zu verleiden und die übrigen Leser davor zu warnen.

Um den politischen Dilettantismus wollen wir uns mit dem Volksdienst nicht streiten. Wir wissen, daß man es dort bedauert, daß sich der „Aufwärts“ nicht ganz auf die Seite der Partei des „Christlichen Volksdienst“ schlägt. So ernst wie der „Aufwärts“ die Absicht hat, auch fernerhin den christlich-sozialen Gedanken mit aller Energie zu vertreten, so wird er sich doch niemals irgend einer politischen Partei verschreiben können. Wir freuen uns, daß es auch in Süddeutschland noch viele Volksdienstleute gibt, die dafür Verständnis haben und die dem Aufwärts auch trotz solcher Warnungen treu bleiben.

Schwierige Verhandlungen.

Ueber die Verlängerung der Deutschland gewährten kurzfristigen Kredite.

— Basel, 17. August.

Nach der grundsätzlichen Einigung der Gläubiger untereinander sind jetzt die Verhandlungen über die Bedingungen für die Verlängerung der Deutschland gewährten kurzfristigen Kredite mit den deutschen Delegierten wiederaufgenommen worden. In Gläubigerkreisen ist man gewillt, die Kredite um sechs Monate zu verlängern unter der Voraussetzung, daß auch die beteiligten Zentralbanken und die B33. den Deutschland gewährten 100-Millionen-Dollar-Kredit, der anlässlich der letzten Sitzung der B33. um drei Monate verlängert wurde, ebenfalls auf sechs Monate verlängern.

Wie hierzu gemeldet wird, ist man seitens der Zentralbanken und der B33. durchaus gewillt, einer solchen Verlängerung zuzustimmen. Die deutschen Delegierten ihrerseits haben sich zunächst telefonisch mit der Reichsbankleitung und der Bankiervereinigung in Verbindung gesetzt, um neue Instruktionen einzuholen, da ihnen gewisse Bedingungen kaum annehmbar erschienen.

Die Verhandlungen bieten infolgedessen noch gewisse Schwierigkeiten, als die Gläubigergruppen fordern, daß nicht nur die in Frage kommenden deutschen Banken, sondern auch die Industriekreise, an welche die Kredite weitergeleitet werden, an der Garantierung der Kredite beteiligt werden sollen. Von privater Seite verlautet, der deutsche Vertreter, Bankier Melchior, habe eine Verlängerung der kurzfristigen Kredite statt um sechs Monate auf zwei Jahre und ferner neue Kredite in Höhe von einer Milliarde Mark gefordert.

Keine Reise der Finanzfachverständigen nach Berlin.

— Basel, 16. August. Die Finanzfachverständigen haben ihren Bericht über die bisher geleistete Arbeit zu einem großen Teil schon fertiggestellt. Der Bericht umfaßt hauptsächlich das Ergebnis der Untersuchungen über die deutschen Kreditbedürfnisse und Möglichkeiten. Auf eine Reise der Finanzfachverständigen nach Berlin wurde endgültig verzichtet. Die gesamten Arbeiten sollen in Basel fertiggestellt werden. Die Finanzfachverständigen glaubten bis Mitte der Woche die ihnen von der Londoner Konferenz gestellten Aufgaben: Prüfung der deutschen Kreditbedürftigkeit und Möglichkeit der Gewährung neuer Kredite, sowie Umwandlung der kurzfristigen in langfristige Kredite beenden zu können.

v. Gronau's Flug über das Inlandis gelungen.

— Kopenhagen, 17. August. Das dänische Marineministerium erhielt am Sonntag eine Meldung des Inspektionschiffes „Hvidbjörn“, das vor Grönland liegt. Danach hat der deutsche Flieger v. Gronau den Flug über das Inlandis erfolgreich durchgeführt. Er befindet sich jetzt in Sukkertoppen, das auf dem 70. Breitengrad etwa südlich von Holstenborg liegt. Die „Hvidbjörn“ ist nach Sukkertoppen unterwegs, um v. Gronau neuen Betriebsstoff zu bringen.

Der Generalsuperintendent der Rheinprovinz bei Präsident Hoover. Der Generalsuperintendent der Rheinprovinz, Dr. Stollenhoff, der gegenwärtig in den Vereinigten Staaten weilt, stattete dem Präsidenten Hoover einen Besuch ab. Dem Empfang wohnte auch Botschaftsrat Leitner bei.

tsystem, so
In Däne-
recht und die
auch an die
topols. In
m (Brannit-
abgeschafft
par Jahren
kten Jahre
erden. Dar-
Mitgliedern
unft erteilt.
rrascht, die
weise Fama-
richtigen zu
nd über die
man so oft

Iverbot bot
ne weiteres
hr zu Jahr
Umfang der
sonders des
gbare Tat-
ois freuen
h ihre un-
langen die
kaufes der
wöhnlichen

Prohibition
einen geben
erhöht hat
besser wäre,
setzen. Die
er alkohol-
Ergebnis
verlängern.
en der Un-
schlüssigkeit
an sowohl
biete nicht
Schmugge!

die Frage:
es der Ent-
ist aber
at das Re-
vollständige
dages, der
günstig ist.
einen Prä-
ausnahms-
jedem Fall
er Schweiz
tiefgehende
des Landes
llte zuerst

g der Auf-
Prohibition
man will
sonders die
und ihrer
Getränke
in Ländern
oholgegner-
polgegneri-
rhalb der
s folgen,
ol muster-

ß der alte
erforben
im Herzen

s auch, so-
Denn an
noch die
he. Diese
orden, um
n Platen-
n Namens-
and dicht
allermuns-

s, das auf
elien Auf-
ische Reich-
30 großen
oberjucht,
ucht dekt,
itradend
die Land-
und Kin-
orgen den
mit Erd-
r 4 Wo-
freulicher
eichte Bevöl-
wachsenden

i die mir
die dies-
Innerhalb
mer durch-
oder auf
auf dem
Mark er-
da sie die

Das Zwischenspiel in Basel.

Reichsfinanzminister Dietrich über die Finanzlage.

Auf einer Tagung der Deutschen Staatspartei in Berlin erörterte Reichsfinanzminister Dietrich die Entwicklung der Finanzlage und die gegenwärtige Lage. Nach einem Ueberblick über den Hoover-Plan und die Londoner Verhandlungen erklärte der Minister:

Trotz aller Komplikationen, die die Verhandlungen in den letzten Wochen brachten, bleibt das Endergebnis bestehen, daß die Kassen des Deutschen Reichs und der Reichsbahn keine Reparationsgelder auszusahlen brauchen.

Wir haben immer auf dem Standpunkt gestanden, daß die Londoner Konferenz nicht einen endgültigen Abschluß bedeutet. Wir haben jetzt das Zwischenspiel in Basel erlebt. Es wird sich zu entscheiden haben, wie die Kommission in Basel weiter arbeiten wird. Wie diese Entscheidung aber auch ausfällt, über das Reparationsproblem wird früher oder später weiter verhandelt werden müssen.

Der Minister rechtfertigte dann die Stützung der Großbanken mit der Notwendigkeit, die verhängnisvollen Folgen für die allgemeine Wirtschaft zu vermeiden, die sich aus dem Zusammenbruch großer Bankinstitute ergeben hätten. Dank der Besonnenheit des deutschen Volkes habe sich die akute Zahlungsmittelkrise beheben lassen. Wenn am 1. September die Gehälter noch nicht voll ausgezahlt werden können, so ist doch zu hoffen, daß schon am 1. Oktober die Gehaltszahlungen in der üblichen Weise stattfinden werden.

Schwieriger ist die Lage bei den Ländern und Gemeinden.

deren Finanzbedarf eine starke Steigerung erfahren hat. Das Reich hat die Ausgaben für eigene Zwecke seit 1928 um 550 Millionen herunterschrauben können, obwohl gleichzeitig die Reichtumsausgaben für die Arbeitslosen um 840 Millionen gesteigert wurden. Wenn die Länder und Gemeinden die Einstufung der Beamten und Angestellten entsprechend dem Reich vorgenommen hätten, so würde eine wesentliche Erleichterung schon eingetreten sein. Wenn jetzt eine Reichshilfe für die Gemeinden verlangt würde, so sei eine Erklärung dazu im gegenwärtigen Augenblick sehr schwierig, weil wir noch unter den Nachwirkungen der Geldkrise stehen und nicht wissen, wie sich die Steuereinnahmen in den nächsten Monaten entwickeln werden. Infolge der Ersparnisse der Reparationen wird es aber vielleicht möglich sein, den Gemeinden, die eine besonders schwere Last durch die Erwerbslosen zu tragen haben, zu helfen. Er forderte besondere Maßnahmen, um die Notlage der Gemeinden zu beseitigen.

Dann wurde einstimmig eine Entschließung angenommen, in der der Gesamtverband der Staatspartei dem Reichsfinanzminister Dietrich Dank und Vertrauen ausspricht.

Schwierigkeiten in Basel.

Verlängerung der deutschen Kredite nur um sechs Monate. — Garantieleistung der Industrie gefordert.

Im Internationalen Stillhaltekonjunktium wurden am 1. August in Basel die direkten Verhandlungen mit den deutschen Delegierten über die Vorschläge der Gläubigergruppen bezüglich der Bedingungen, unter denen die kurzfristigen Kredite an Deutschland verlängert werden können, fortgesetzt.

In Gläubigertreffen ist man gewillt, die Kredite um sechs Monate zu verlängern unter der Voraussetzung, daß auch die beteiligten Zentralbanken und die BIZ den Deutschland gewährten 100-Millionen-Dollarkredit, der anlässlich der letzten Sitzung der BIZ um drei Monate verlängert wurde, ebenfalls auf sechs Monate verlängern.

Wie hierzu gemeldet wird, ist man seitens der Zentralbanken und der BIZ durchaus gewillt, einer solchen Verlängerung zuzustimmen. Die deutschen Delegierten ihrerseits haben telefonisch mit der Reichsbankleitung und der Bankiervereinigung in Berlin Fühlung genommen, um neue Instruktionen einzuholen, da ihnen gewisse Bedingungen kaum annehmbar erscheinen.

Die Verhandlungen bieten infolgedessen noch gewisse Schwierigkeiten, als die Gläubigergruppen fordern, daß nicht nur die in Frage kommenden deutschen Banken, sondern auch die Industriekreise, an welche die Kredite weitergeleitet werden, an der Garantieleistung der Kredite beteiligt werden sollen.

Die durch die Vorschläge geschaffene Situation erfordert langwierige Verhandlungen. Der Studienausschuß zur Prüfung der deutschen Kreditfrage hat am Sonntagmittag eine kurze Sitzung abgehalten, um seinerseits die ihn obliegenden Arbeiten tumlicht zu beschleunigen.

Revision vor Ablauf des Hoover-Jahres?

„Keine Rückkehr zur früheren Basis.“

Die Frage, was geschehen werde, wenn das Hoover-Jahr abgelaufen sei, wird in politischen und finanziellen Kreisen Amerikas lebhaft erörtert.

Nach einer Meldung der New Yorker „Evening Post“ herrscht in maßgebenden Wallstreet-Kreisen die Ansicht, daß die Welt niemals zu der Basis zurückkehren werde, die vor dem Vorschlag Hoovers, einen Zahlungsausschub der bestehenden Kriegsschulden zu gewähren, bestanden habe.

Persönlichkeiten, die kürzlich aus Europa zurückkehrten, hätten erklärt, dies sei eine in allen großen Hauptstädten angenommene Tatsache. Diese Persönlichkeiten seien der Ansicht, daß, wer etwa vermute, Deutschland könnte oder würde in eine Rückkehr zu der alten Zahlungsbasis einwilligen, die Sachlage nicht genau geprüft habe. Sie seien weiter der Überzeugung, daß sich Deutschland, falls es die Zahlungen auf der vorherigen Grundlage wiederaufnahme, in einer schlimmeren Lage befinden würde, als vor dem Moratorium, da es dann auch noch die hinzukommende Last der aufgehobenen Zahlungen zu tragen hätte. Nach Ansicht dieser Kenner der Sachlage werde Deutschland wahrscheinlich um eine Revision des Versailles Vertrages nachsuchen, und es werde angenommen, daß diese Revision wahrscheinlich zur Sprache gebracht werden würde, bevor das Moratoriumsjahr abgelaufen sei.

Stimson demotiert.

Staatssekretär Stimson, der zurzeit in Schottland weilt, hat in einem Telegramm das Gerücht, wonach er mit Premierminister MacDonald die Frage der Kriegsschulden und der Reparationen erörtert habe, für unrichtig erklärt.

Unfechtung des Volksentscheids.

Eingabe der Bundesführer des Stahlhelms an den preussischen Landeswahlleiter.

Entsprechend ihrer Ankündigung haben die Bundesführer des Stahlhelms dem preussischen Landeswahlleiter Geheimrat Dr. Saenger ein Schreiben zugehen lassen, in dem unter Hinweis auf die bevorstehende Feststellung des endgültigen amtlichen Ergebnisses des Volksentscheids ausgeführt wird, eine Berichtigung der Wahllisten — Streichung der Verstorbenen, Beseitigung der Doppelzahlungen usw. — würde die Zahl der Wahlberechtigten um etwa zwei Millionen senken. Andererseits sei die Zahl der Zustimmungenden dadurch zum Nachteil des Volksentscheids gemindert worden, daß in den Stimmlisten zahlreiche Stimmberechtigte widerrechtlich gestrichen seien, die sich noch beim Volksbegehren eingetragen hätten. Nach einer auf Stichproben begründeten Berechnung würde die Berichtigung dieses Fehlers die Zahl der Ja-Stimmen um etwa eine Million steigern.

„Da entgegen der Bestimmung des Bundesgesetzes vom 15. 4. 28.“, führt das Schreiben dann fort, „die ordnungsmäßige Ueberprüfung der Wahlverzeichnisse vor der Auslegung nicht erfolgt ist, müssen wir die aus den nichtberichtigten Abstimmungslisten errechneten Ergebnisse anfechten.“

Zu diesen auf den Mängeln der Listenführung beruhenden Beeinträchtigungen des Wahlergebnisses kommen solche wie Ungültigkeitserklärungen deutlich gekennzeichnete Stimmzettel durch Abstimmungsvorsteher. Beispiele folgen. Endlich kommen zu den auf den Mängeln der Listenführung und der örtlichen Feststellung beruhenden Änderungen des Wahlergebnisses noch die ungeklärten Änderungen, die durch Behinderung oder Beeinflussung der Abstimmung, insbesondere durch verfassungswidrigen Terror, herbeigeführt worden sind.“

Die Zufahrt schließt mit den Worten: „Wir haben Grund, diese Einwirkungen insgesamt so einzuschätzen, daß bei ihrer Berücksichtigung das Abstimmungsergebnis den Erfolg des Volksentscheides bedeuten würde.“

Polens Minderheitenpolitik.

Ein bemerkenswerter Artikel des „Manchester Guardian“. — London, 17. August.

„Manchester Guardian“ bringt einen Artikel seines Spezial-Korrespondenten, der erst kürzlich an Ort und Stelle die Lage der deutschen Minderheiten in Polen untersucht hat. Darin wird ausgeführt, daß Polen unter dem Agrarreformgesetz sich Verletzungen der Minderheitenverträge habe zuschulden kommen lassen, was sich durch Beispiele belegen lasse, die zeigen, daß die polnische Agrarreform ungerecht durchgeführt wurde, indem die deutschen Besitzer unverhältnismäßig mehr Boden abzutreten haben als die polnischen. Bei ihnen werde das Gesamtareal einschließlich Wald und unfruchtbare Ländereien zur Grund-

lage der Aufteilung genommen, während die Errechnung des abzutretenden Teils in dem Fall, daß der Besitzer Pole ist, unter Ausschluß der Forsten, Märchen, Heide und Brachland erfolge.

Ferner werde da, wo das Bestehen einer Milchwirtschaft, einer Zuckerfabrik oder einer Brennerei es erheische, daß den Besitzern mehr als das Minimum von 160 Hektar belassen werde, das zusätzliche Areal immer bewilligt, wenn der Eigentümer Pole sei, während es oft verweigert werde, wenn Deutsche Eigentümer seien.

Der Streit um die polnische Agrarreform ist nach Ansicht des Korrespondenten von besonderem Interesse, weil doch Rat und Vollerfassung des Völkerbundes in einigen Wochen zusammentreten werden, um diesen Fragenkomplex zu behandeln. Wenn ungerechte Diskriminierungen gegen nationale Minderheiten festgestellt sind, so sagt das Blatt, dann ist es von höchster Bedeutung, daß die Angelegenheit im Völkerratsrat oder besser noch im Rat und in der Vollerfassung vorgebracht werde.

In einem besonderen Leitartikel nimmt das Blatt zu den Ergebnissen der Untersuchung seines Korrespondenten Stellung und bemerkt darin, daß die polnische Regierung den Minderheitenvertrag kaum als einen Vertrag anzusehen scheine, oder wenn, dann doch nur als einen solchen, der ungestraft gebrochen werden könne. Gibt es irgendeinen Weg, fragt das Blatt, die polnische Regierung zu veranlassen, ihr Wort zu halten?

Der Römerschnellzug verunglückt

Auf einen Personenzug aufgefahren. — Drei Wagen in die Mur gestürzt. — 12 Tote, 40 bis 50 Verletzte.

— Wien, 16. August.

Auf der österreichischen Südbahn hat sich am Sonntagmorgen ein schweres Eisenbahnunglück ereignet. Der sogenannte Römerschnellzug, der um 8 Uhr in Wien eintrafen sollte, ist bei Göß in der Nähe von Leoben (Steiermark) auf einen Güterzug aufgefahren. Mehrere Wagen wurden beschädigt, drei stürzten in die Mur. Nach den bisherigen Feststellungen wurden zwölf Personen getötet und vier lebensgefährlich verletzt. Sechs weitere Personen wurden schwer verletzt, 30 bis 40 mehr oder minder leicht.

Eine falsche Spur im Jüterbog Eisenbahnanschlag

Wie aus Jevern (Hannover) gemeldet wird, hat der am Mittwoch von der Jeverner Polizei verhaftete Landstreicher nichts mit dem Eisenbahnattentat in Jüterbog zu tun. Er ist zwar in Untersuchungshaft gehalten worden, jedoch lediglich wegen Landstreichens.

Kein Attentat auf den FD-Zug Basel—Berlin?

Am Freitag war von der Reichsbahndirektion in Erfurt mitgeteilt worden, daß der FD-Zug Basel—Berlin beschossen worden sei. Nach dem Stand der bisherigen Untersuchung hat sich aber kein Anhaltspunkt dafür ergeben, daß es sich um ein Attentat handelt. Es steht noch nicht einmal fest, daß die Beschädigung der Scheibe eines Personenwagens auf einen Schuß zurückzuführen ist. Geschosse oder sonstige Projektilen sind in dem zur Untersuchung von Berlin nach Erfurt übergeführten D-Zug-Wagen nicht gefunden worden.

Messertocherei in Leipzig.

Ein Toter, zwei Schwerverletzte.

— Leipzig, 17. August.

An der Ecke Merseburger und Lühner Straße wurden sozialdemokratische Flugblattverteiler von Kommunisten angepöbelt und schließlich mit Messern gestochen.

Der 21jährige Maurer Martus erhielt einen so schweren Lungenstich, daß er kurz nach seiner Einlieferung in ein Krankenhaus starb. Ein zweiter Flugblattverteiler, der Steindrucker Baumgärtel, erhielt einen Stich in den Hals.

Ferner wurde ein Unbeteiligter ebenfalls durch Messertocherei schwer verwundet. Die beiden Verletzten konnten nach Anlegung von Notverbänden in ihre Wohnungen entlassen werden. Das Ueberfallkommando nahm einige verdächtige Personen fest, doch konnten die Verhaftungen nicht aufrecht erhalten werden. Die wahren Täter sind noch unbekannt.

Schriftleitung: W. Kraus, Wirtschafts- und Weltpolitik: Dr. F. Suttel, Anzeigen: K. Diekmann, alle in Bethel. Zuschriften für die Schriftleitung: Bielefeld. Schließfach 28. Für Geldsendungen Postcheckkonto: Hannover 67377, „Aufwärts“, Christliches Tageblatt, Bethel b. Bielefeld. Fernruf 3911/3919, Amt Bielefeld. Druck und Verlag: Anstalt Bethel.

Statt besonderer Anzeige.

Heute nachmittag um 5,30 Uhr ging nach kurzer Krankheit unsere treue Mutter und Schwiegermutter, die liebevollste Großmutter und Urgroßmutter

Frau Geheimstudienrat

Mathilde Heldmann
geb. Zahn

im 90. Lebensjahr zum ewigen Frieden ein.

Im Namen der trauernden Hinterbliebenen:

Sanitätsrat Dr. med. Ludwig Heldmann

und Frau Anna, geb. Meyer.

Sanitätsrat Dr. med. Ernst Windler

und Frau Ida, geb. Heldmann.

Rechtsanwalt u. Notar Otto Heldmann

und Frau Minni, geb. Rogge.

Carola Heldmann.

Anteiln., Rassel, Bielefeld, den 15. Aug. 1931.

In Herchen an der Sieg soll Mitte September ein

evangelisches Landschulheim

von einem Lehrer des früheren dortigen Pädagogiums (Theologen der Brüdergemeine) eröffnet werden. Klassen Sexta bis Tertia, sorgfältige Erziehung in der Familie und in kleinen Klassen. Schöne Lage in gesunder waldreicher Umgebung. — Preis für Pension und Schulgeld monatl. 150 RM. Anfragen erbeten. G. Wurr, Herchen.

Wiesbaden Evangelisches Hospiz, Oranienstraße 53.
Zimmer mit und ohne Verpflegung. Mäßige Preise.

Bethel bei Bielefeld.

Die staatl. anert. Haushaltungsschule

Stadthaus der Westf. Diakonissenanstalt Carepta bietet in ihrem Internat Töchtern christl. Familien Ausbildung in allen Zweigen des Haushalts. Gründliche hauswirtschaftliche Durchbildung ermöglicht Eintritt in praktische Berufe. Vertiefung der Allgemeinbildung, Lebensschulung sind Ziele der Schule. Aufn. im April und Oktober. Prospekt durch d. Zeitung d. Schule.

Die christl. Kinderpflegerinnenschule

in Wernigerode am Harz

verbunden mit einer anerkannten Haushaltungsschule, beginnt am 1. Oktober den neuen Lehrgang, nimmt aber auch Hospitantinnen für kürzere Zeit auf. Verpflegung monatlich Mk. 60.— außer Schulgeld. Näheres durch Frau Maria Reusch, Wernigerode/H., Oberengengasse 12

Tüchtige Stütze

die mit allen vorkommenden Arbeiten vertraut ist, in größerem Haushalt zum 1. Oktober gesucht. Schriftl. Angeb. mit langjährigen Zeugnissen und Bild (kein Bubi-topf) erbeten an:

Frau Maria Rübke,
Hermannsburg.

Tilsiter Vollstetkase

mit 48/52, Fett i. T. kostet ab heute nur RM 0,50 pro Pfd. Versand erfolgt nur in Postkollis und Nachn. Porto u. Verpackung frei.

Friedrich Stotzka

Dampfmöbel, jedw. Art, Post Motzweihen. Tilsiter Niederung.

Bad Nauheim:

Freundl. Zimmer, unweit der Bäder und Salinen. Volle Pension von 5.— Mark an. H. Spiekermann, Haristr. 51 A.

Schwerenmütige, Verzögerte, Erholungsbedürftige und solche, die in geistiger Not sind, finden freundliche Aufnahme zu mäßig. Preisen im

Erholungsheim

Haus Friedensruh in Laufen/Eyach, O. A. Balingen (Würtbg.) Sommer und Winter geöffnet. Anfragen sind zu richten an die Leitung des Hauses.